

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Altringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Druckort für beide Zeile ist Berlin.

Berlin, den 21. Juni 1932.

Entscheidende Stunden.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Heute findet in Berlin die vom Reichsinnenminister Freiherrn von Gayl einberufene Konferenz der Innenminister der Länder statt. In dieser Konferenz wird die Lage besprochen werden, wie sie sich in den wenigen Tagen seit der Aufhebung des SA-Verbotes und des Uniform-Verbotes herausgebildet hat. Diese Lage ist mit einem kurzen Satz bezeichnet: Deutschland steht am Rande des Bürgerkrieges. Der Ausgang dieser Länderkonferenz wird von entscheidender Bedeutung sein für den inneren Frieden und für die zukünftige Entwicklung Deutschlands.

Seit Tagen wird das Reichsinnenministerium von rechtsradikaler Seite scharf gemacht, damit es über die Verfassung hinweg in die Polizeihohheit der Länder eingreife. In der rechtsradikalen Presse und auf den beliebten Hintertreppwegen wird ein Druck auf den Reichsinnenminister ausgeübt, der bis zu offenen Drohungen geht. Schon am Vortag der Konferenz kündigten die Rechtsradikalen an, was sie erwarten: Entweder den Ausnahmezustand oder aber eine Notverordnung, die praktisch den Ländern die Polizeihohheit nehme und zugleich den nationalsozialistischen Terror befreien und legalisieren würde. Das waren die Forderungen, die Hitler persönlich bei Gayl erhoben hat. Würde das Reichsinnenministerium diesen rechtsradikalen Forderungen nachkommen, so wäre der ernsteste Verfassungskonflikt heraufbeschworen und zugleich der innere Friede unheilvoll zerstört!

In der rechtsradikalen Agitation ist namentlich gegen die süddeutschen Länderregierungen eine Sprache angeschlagen worden, die nicht nur auf das tiefste beleidigend und beschimpfend ist, sondern auch Zeugnis davon ablegt, dass die nationalsozialistische Partei revolutionäre Ziele gegen die verfassungsmässigen Verhältnisse verfolgt. Bei diesem Pressefeldzug hat die nationalsozialistische Partei deutlich ihr Gesicht gezeigt. Der Berliner "Angriff" hat am Vorabend der Länderkonferenz zynisch zu verstehen gegeben, dass die Nationalsozialistische Partei die schlimmste antisoziale Notverordnung tolerieren könne, wenn die Reichsregierung den Machtwünschen und den gegen den inneren Frieden gerichteten Forderungen der Nationalsozialisten entspreche, dass sie sich aber die Maske sozialer Demagogie vornehmen werde, wenn das Reichsinnenministerium den Befehlen Hitlers nicht gehorche.

Am Vorabend dieser Länderkonferenz ist ferner von München aus eine neue Alarmmeldung ergangen, ähnlich jener die am Vorabend des Sturzes des Kabinetts Brüning bekannt wurde und die in der Folge durch die tatsächliche Entwicklung bestätigt wurde. Eine Meldung der "Münchener Neuesten Nachrichten" behauptet, dass abermals das Reichswehrministerium in stärkster Weise sich in die Politik einmische, dass Leute aus dem Reichswehrministerium, die an den Treibereich gegen Groener beteiligt waren, den Pressefeldzug der Scharfmacher zum Druck auf das Reichsinnenministerium dirigiert hätten und dass Herr von Schleicher auf dem Wege über den Ausnahmezustand nach der ganzen Macht in Deutschland greifen wolle.

Nach diesem Vorspiel kommt der Länderkonferenz entscheidende Bedeutung zu! Als die sogenannte politische Notverordnung erlassen wurde, wurde gleichzeitig ein Brief des Reichspräsidenten veröffentlicht, der eine Mahnung an Alle darstellte und der die Voraussetzungen umriss, unter denen die Aufhebung des SA-Verbotes und des Uniformverbotes erfolgt ist.

Die Ereignisse, die seitdem eingetreten sind, der offenkundig organisierte Aufruhr der Hitlerschen Bürgerkriegsarmee vor allem in München und in Köln zeigen auf das deutlichste, dass die Voraussetzungen für die Aufhebung des SA- und des Uniformverbotes vollständig durchlöchert sind. Deutschland hat heute bereits jene Bürgerkriegsähnlichen Zustände, die die Regierung Brüning befürchtete, wenn Hitlers Bürgerkriegsarmee weiter wirtschaften könnte wie bisher!

Jene Entscheidungen der Reichsregierung, die die Rechtsradikalen schon am Vorabend der Länderkonferenz glaubten voraussagen zu dürfen, und die praktisch darauf hinauslaufen würden, dass das Reich den um die Aufrechterhaltung des inneren Friedens bemühten Regierungen der Länder in den Arm fallenwürde, würde über das Wort des Reichspräsidenten hinwegschreiten, das er in seinem Briefe an den Reichsinnenminister verpfändet hat!

Die Mehrheit des Volkes müsste in einer solchen Entscheidung einen ungeheuren Affront durch die Reichsregierung erblicken. Denn diese Reichsregierung hat keine Mehrheit des Volkes hinter sich - siehe die Wahlen in Hessen - und sie wird auch bei den kommenden Wahlen keine Mehrheit des Volkes hinter sich bekommen!

SPD. Am Mittwoch findet im Preussischen Landtag die endgültige Wahl des Landtagspräsidiums statt. Die Verantwortung für den Ausgang dieser Wahl liegt bei den Kommunisten. Um diese Verantwortung zu verschleiern, hat die Landtagsfraktion der KPD erklärt, dass sie bereit wäre, für ein Präsidium aus Vertretern des Zentrums und der Sozialdemokratie zu stimmen, wenn Zentrum und Sozialdemokratie zwei kommunistische Forderungen annehmen: die Aufhebung des Demonstrationsverbots in Preussen und die Nichtdurchführung der Notverordnungen der Reichsregierung. Es ist klar, dass die Erfüllung der ersten Forderung die Bürgerkriegsähnlichen Zustände verschärfen und die der zweiten vom Reiche sofort mit der Einsetzung eines Reichskommissars in Preussen beantwortet werden würde! Mit diesem Trick wird die Kommunistische Partei ihre Verantwortung nicht vernebeln können; denn in der Praxis lautet die Alternative, die sie stellt, nur so: entweder ein rein faschistisches Landtagspräsidium oder ein Reichskommissar in Preussen. Da Zentrum und Sozialdemokratie selbstverständlich nicht Anlass zur Einsetzung eines Reichskommissars geben werden, steht vor der Kommunistischen Partei die Frage, ob sie durch ihre Haltung ein rein faschistisches Landtagspräsidium im Preussischen Landtag einsetzen will. Um diese Verantwortung kommt sie nicht herum!

SPD. Wie die englische Presse mitteilt, soll Adolf Hitler bei der Hochzeit des schwedischen Kronprinzen Gustav Adolf mit Sybille Prinzessin von Sachsen-Coburg-Gotha als Gast gemeinsam mit den deutschen Exfürsten teilnehmen. Hat Adolf bonapartistische Absichten oder will man in diesem Kreise eine Frau für ihn ausfindig machen, damit er standesgemäss wird?

SPD. Lausanne, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Auf direkte Veranlassung des amerikanischen Präsidenten Hoover fand gestern abend in Morges nahe Lausanne eine ausserordentlich wichtige Beratung statt, durch die Amerika trotz aller früheren Ablehnungen in die Lausanner Verhandlungen eingegriffen hat. Um diese Besprechung wurde das grösste Geheimnis gebreitet; alle Beteiligten erschienen verabredungsgemäss in unauffälligen Privatwagen. Es nahmen daran teil von amerikanischer Seite Gibson, und Norman Davies, von französischer Seite Herriot und Marcel Ray. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch Verlesung einer amerikanischen Botschaft, welche darauf hinweist, dass die Zahlungen Europas an Amerika wesentlich geringer seien als der Verzicht, den Amerika bei jeder möglichen Aussetzung der Reparationen und Kriegsschulden selbst zu tragen habe. Daher sei der amerikanische Vorschlag für die Herabsetzung der Heeresstärken unbedingt eine Formel, auf die Amerika nicht verzichten könne. Europa gibt wesentlich mehr für Rüstungen aus, als es an Amerika abzuführen habe. Herriot betonte demgegenüber, dass Frankreich augenblicklich bei seinen Rekrutierungen auf die schlechten Kriegsjahre angewiesen sei und daher eine nennenswerte Herabsetzung seiner Truppenzahl nicht ertragen könne. Die Amerikaner bestanden trotzdem darauf, dass eine Verbindung von Nachlass der Reparationen und Herabsetzung der Rüstungen unbedingt durchgeführt werden müsse. Man konnte sich im Verlaufe der Aussprache noch nicht einigen, doch verlautet hier in Lausanne, dass die Amerikaner eine Erklärung des Präsidenten Hoover im Repräsentantenhaus in den nächsten Tagen veranlassen würden, die bereits Bezug nehmen könne auf eine Verständigung mit Frankreich. Den Verhandlungen lag weiter ein von Herriot eingebrachter Plan für die Lösung der Sicherheitsfrage zugrunde, der von dem belgischen Juristen Bourquin ausgearbeitet ist. Er enthält im wesentlichen eine neue Auslegung des Artikels 10 der Völkerbundssatzungen, die eine genaue Bestimmung des Angreifers durch den Völkerbundsrat ermöglichen soll. Die amerikanischen Unterhändler wollten gar nicht auf eine derartige Verschiebung des Problems eingehen, worüber es nochmals zu einer gewissen Spannung zwischen ihnen und den Franzosen kam.

Heute vormittag verhandelte Herriot mit MacDonald mehrere Stunden lang; die Verhandlungen dauern noch an.

SPD. Jena, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Adolf Hitler hat nach dem Bericht des Weimarer Naziblattes in seiner Ansprache auf der "Amtsverwalter-Tagung" in Weimar erklärt: "Ich kenne die bürgerliche Parole der Ruhe und Ordnung zu genau, um nicht zu wissen, dass sich hinter ihr verbirgt die Feigheit, Halbheit und Schwäche." Wenn diese Beschimpfung der anständigen und friedliebenden Bevölkerung keine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten ist, dann wissen wir nicht, wie das noch deutlicher gesagt werden soll! Auch in dieser Rede auf der "Amtsverwalter-Tagung", die von dem Weimarer Naziblatt spaltenlang wiedergegeben wird, hat Hitler kein Wort gesagt gegen die ungeheuerlichen Notverordnungen der Nazi-Barone.

SPD. Bisher haben sich die verantwortlichen Instanzen der Reichspost mit Händen und Füssen dagegen gewehrt, dass der wachsenden Notlage aller Arbeitslosen Rechnung getragen wird und sie von den Rundfunkgebühren befreit werden. Dieser Widerstand muss endlich aufgegeben werden. Nachdem durch die letzte Notverordnung die Unterstützungssätze in allen Zweigen der Arbeitslosenfürsorge angeglichen worden sind und die Bedürftigkeitsprüfung ganz allgemein eingeführt worden ist, wäre es eine grosse Ungerechtigkeit, wenn man die Befreiung von den Rundfunkgebühren auch weiterhin lediglich auf die Empfänger

von Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung erstrecken würde. Künftig müssen alle Arbeitslosen, ganz gleich, von welchem Zweig der Arbeitslosenfürsorge sie unterstützt werden, in den Genuss des Gebührenerlasses kommen. Die sozialdemokratischen Vertreter im Verwaltungsrat der Reichspost haben dementsprechend eine Ausdehnung der Bestimmungen über den Gebührenerlass verlangt, und es ist die Pflicht des Arbeitsausschusses, der am 24. Juni zusammentritt, dass er diese Ausdehnung zum 1. Juli beschliesst.

SPD. Der Gau Franken des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat gegen den Regierungsrat Dr. Roth in Weissenburg in Bayern beim bayrischen Innenministerium die Einleitung eines Disziplinarverfahrens beantragt. Dr. Roth, der seine Aufgabe darin sieht, die Organisationen der Eisernen Front zu schikanieren, hat kürzlich bei einem Jubiläumsfest der militärischen Vereine von Treuchtlingen in einer Rede nach unwidersprochenen Zentrumsberichten gesagt, "dass Männer der früheren republikanischen Regierungen bei der Zerschlagung Deutschlands unseren Feinden Helferdienste leisteten. Hände und Köpfe haben das, was wir ursprünglich als Diktat hinnehmen mussten, nachträglich Stück für Stück freiwillig vertraglich anerkannt und haben sich nicht genug tun können, die mehr und mehr steigenden Wünsche unserer begehrliehen Feinde zu erfüllen und haben durch ihre wahnwitzige Erfüllungspolitik ihr eigenes Volk an den Rand des Ruines gebracht." In der Beschwerdeschrift des Reichsbanners heisst es zu diesen Ausführungen: "Diese Sätze, von einem hohen Staatsbeamten gesprochen, bedeuten einen schweren Vorwurf gegen Männer, die unter den schwersten Opfern alles versucht haben, das Unrecht zu beseitigen. Sonderbar, sehr sonderbar finden wir es von Regierungsrat Dr. Roth, dass er diesen Vorwurf nicht erhoben hatte, als diese Männer noch in der Verantwortung sassen. Als Freimut kann das wohl nicht bezeichnet werden. Wir werden es den Männern der früheren republikanischen Regierungen überlassen, dass er seinen Vorwurf des Hochverrats zu beweisen hat." In fränkischen Kreisen erwartet man ein entschiedenes Durchgreifen der bayrischen Regierung.

SPD. Zürich, 21. Juni (Eig. Drahtb.)
Die eidgenössische Regierung hat eine Vorlage über den allgemeinen Abbau der Gehälter des eidgenössischen Personals ausgearbeitet. Danach ist ein vorläufiger Gehaltsabbau von 10 Prozent vorgesehen, der für 1933 und 1934 gelten soll. Darüber hinaus werden als Höchstgrenze des möglichen Abbaues 15 Prozent bezeichnet. Der Entwurf hat die Form eines Gesetzes, sodass dagegen das Referendum ergriffen, d.h. die Vorlage der Volksabstimmung unterstellt werden kann. In diesem Falle könnte der Abbau frühestens im April 1933 in Kraft treten.

SPD. Zürich, 21. Juni (Eig. Drahtb.)
Der Bundesrat beschäftigte sich am Montag mit der geplanten internationalen Kreditaktion für Österreich. Bundesrat Musy, der Vorsitzende des internationalen Komitees, orientierte über die in Genf und Lausanne in den letzten Tagen abgehaltenen Verhandlungen. Beschlüsse konnten noch nicht gefasst werden. Aus dem gegenwärtigen Stand der Aktion scheint hervorzugehen, dass man auf größere Schwierigkeiten stösst als anfänglich angenommen wurde. Einzelne Staaten sind zwar geneigt mitzuarbeiten, andere aber sehr zurückhaltend; so z.B. Frankreich, das an die Finanzhilfe Bedingungen politischer Art knüpfen möchte. Es wird sich erst später entscheiden, ob die Aufgabe unter diesen Umständen überhaupt zu lösen ist.

SPD. Hamburg, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische Fraktion der Hamburger Bürgerschaft hat einen Antrag gestellt, mit dem schärfster Protest gegen die erste Notverordnung der Regierung Papen-Schleicher erhoben wird. In dem Antrag heisst es u.a.: "Die Bürgerschaft muss die Verantwortung für die unabsehbaren Folgen der neuen Notverordnung der Reichsregierung und der an ihrer Bildung entscheidend beteiligten Nationalsozialistischen Deutschen "Arbeiter"-Partei überlassen. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, in der schärfsten Form gegen die erste Notverordnung des neuen Systems Einspruch zu erheben und ihre Aufhebung zu fordern."

SPD. Breslau, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Wie aus Kattowitz gemeldet wird, hat das oberste Gericht in Warschau in dem gegen Dudek, den Leiter der Volksschulabteilung im Deutschen Volksbund, schwebenden Hochverratsprozess die Einleitung eines neuen Verfahrens beschlossen, obwohl das gegen Dudek ergangene erstinstanzliche Urteil bereits rechtskräftig geworden war. Der Beschluss des Warschauer Gerichts ist unter ausdrücklicher Berufung auf den Ausgang des bekannten Verfahrens gegen Ullitz, den Leiter des Deutschen Volksbundes in Ostoberschlesien, erfolgt. Wie erinnerlich, hatten sich seinerzeit im Ullitz-Prozess die den Führern des Volksbundes zur Last gelegten Dokumente einwandfrei als Fälschungen nachweisen lassen.

SPD. In welcher skrupelloser und gemeingefährlicher Weise die nationalsozialistischen Zeitungen eine Bürgerkriegshetze betreiben und damit die politischen Gewalttaten anregen und fördern, zeigen einige Auslassungen, die wir in dem offiziellen Organ der Hitlerpartei in Essen, der "National-Zeitung", vom 18. Juni d.J. finden. In dieser Hakenkreuzzeitung heisst es u.a. in Fettdruck: "Wir Nationalsozialisten wollen keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, dass es eine Rückkehr zur Brüningmethode nicht mehr geben kann, dass aber ebenso die Zeiten endgültig vorbei sind, wo Zentrum und Marxismus an den Säulen des Reiches rütteln dürften. Es gibt in Deutschland nur eine Bewegung, die einig ist, in ihren Wünschen und Wollen bis ins letzte Grenzdorf, das ist der Nationalsozialismus. Es gibt heute in Deutschland zwei grosse Machtfaktoren, die eine nationale Regierung für ihre Arbeiten einsetzen kann, um den Bestand und den langsamen Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu gewährleisten: Hunderttausend Mann Reichswehr und eine halbe Million SA. Wenn die Entwicklung so weiter treibt wie in diesen Tagen, dann muss Deutschlands Zukunft binnen kurzem in den Fäusten der SA und auf den Bajonetten der Reichswehr liegen."

In demselben Artikel befinden sich schon vorher ähnliche aufreizende Bemerkungen. Man prophezeit, dass der Zeitpunkt, an dem in Deutschland alles drüber und drunter gehe, nahe herbeigekommen sei, Zentrum und Sozialdemokratie nur mit der Peitsche zu regieren seien. Wörtlich heisst es: "Wir Nationalsozialisten können im Bewusstsein unserer durch nichts mehr zu erschütternden Stellung den Dingen klar ins Auge sehen und das Kind beim richtigen Namen nennen. Wenn die Regierung Papen in den nächsten Tagen und Wochen die Zügel schlefen lässt, wenn sie es weiter duldet, dass in der zentrunlich und marxistischen Presse aller Richtungen ungestraft in der schlimmsten Weise gegen die nationale Mehrheit des deutschen Volkes, gegen Reichsregierung und Reichspräsident gehetzt wird, wenn sie es weiter duldet, dass die Novembergrössen der SPD im Lande herumziehen und in wilden Brandreden zum Bürgerkrieg auffordern, dann kann man sich an den Fingern abzählen, wann der Tag gekommen ist, wo tatsächlich in Deutschland alles drunter und drüber geht. Zentrum und SPD sind

nur mit der Peitsche zu regieren."

Angesichts dieser provozierenden Schreibweise und in Verbindung mit dem unverschämten Auftreten der uniformierten SA in den Strassen braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn es in zahlreichen Orten täglich zu politischen Gewalttaten kommt. Angesichts dieser Vorgänge ist es auch nicht schwer, zu erkennen, wo die wirklichen Urheber und Träger der innenpolitischen Unruhen sitzen!

SPD. Breslau, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Am letzten Sonntag fand in Ostoberschlesien die zehnjährige Jubiläumsfeier der Vereinigung des 1922 Deutschland entrissenen Gebietes mit Polen statt. Während die entsprechenden Feierlichkeiten auf deutscher Seite, in denen man der Zerreissung Oberschlesiens gedachte, überall durchaus würdig verlaufen sind, hat sich am Sonntag jenseits der Grenze in dem Ausflugsort Emanuelsegen Kreis Pless ein unerhörter Zwischenfall abgespielt, der die gespannten politischen Verhältnisse in Ostoberschlesien schlaglichtartig beleuchtete.

Wie der Kattowitzer "Volkswille" berichtete, veranstalteten die deutschen und polnischen Sozialistischen Parteiorganisationen aus dem ostoberschlesischen und Dombrowaer Industriegebiet, deutsche und jüdische Jugendgenossen, sowie einzelne Arbeitersportvereine aus Sosnowitz, Bendzin und anderen Orten in Emanuelsegen ein sozialistisches Treffen, an dem über 1000 Mitglieder dieser Verbände sowie auch Gäste aus deutschen religiösen Organisationen teilnahmen. Die Darbietungen verliefen zunächst in Ruhe und auch bei der Ansprache eines Sosnowitzer Genossen kam es trotz Anwesenheit zahlreicher Spitzel zu keinerlei Störungen. Plötzlich gegen 17 Uhr rückten Polizeimannschaften in Stärke von etwa 200 Mann mit Karabinern, Gummiknüppeln und Stahlhelmen auf Lastkraftwagen an. Die Beamten umzingelten den Festplatz, feuerten einige Schüsse ab und schlugen dann mit Kolben und Gummiknüppeln wahllos auf Männer, Frauen und Kinder ein. Sofort entstand eine unbeschreibliche Panik, Räder, Zelte, Verkaufstände, Kleidung, alles wurde im Stich gelassen, und die Menschen, einzelne nur in Badekleidung, flüchteten in den benachbarten Wald, um dort vor dem brutalen Angriff der Pilsudski-Polizei sicher zu sein. Mehreren Frauen wurde die Kleidung vom Leibe gerissen, sodass sie nackt das Weite suchen mussten.

Ausser den Polizeibeamten beteiligten sich zahlreiche Aufständische an dem Ueberfall auf die Festteilnehmer. Die polnischen Faschisten schlugen mit Knüppeln und Eisenstangen auf ihre Opfer ein und misshandelten einzelne Genossen in so viehischer Weise, dass sich die Polizeibeamten entsetzt abwandten. Dabei haben sich, wie einwandfrei festgestellt wurde, eine Reihe von Beamten der Kattowitzer Wojewodschaft sowie mehrere Postboten, Lehrer und Gymnasiasten in besonders übler Weise hervorgetan. Insgesamt wurden über 100 Personen bei dieser Pilsudskistischen Strafexpedition verletzt.

Wie der "Volkswille" weiter meldet, liess die Polizei über 200 Personen festnehmen. Die Verhafteten wurden jedoch nach dem Verhör ausnahmslos wieder entlassen. Ausserdem erfolgten zur Stunde des Ueberfalls polizeiliche Haus-suchungen in den Sekretariaten der deutschen und polnischen Sozialdemokratischen Partei und bei einigen Vorstandsmitgliedern der DSAP sowie der PPS. Die Durchsuchung verlief selbstverständlich völlig ergebnislos. Der deutschsozialistische "Volkswille" in Kattowitz, der in seiner Dienstag-Ausgabe über diese skandalösen Vorfälle berichtete, wurde von der Polizei beschlagnahmt.

SPD. Bukarest, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Die nach dem Sturze der Regierung Jorga wieder ans Ruder gelangten Nationalzaranisten haben der sozialdemokratischen Partei, mit der sie im Dezember 1928 gemeinsam in die Wahlen gezogen sind, neberdies ein Wahlhindernis

für die am 17. Juli stattfindenden Parlamentswahlen angetragen. Die Sozialisten haben indessen dieses Angebot ebenso wie die ihnen vor zwei Wochen vorgeschlagene Teilnahme an der Regierung abgelehnt und erklärt, dass sie allein in der Wahlkampf gehen. Bei diesem Beschlusse liess sich die Partei von ihrer von vornherein erhobenen Forderung einer streng neutralen Wahlregierung leiten, v der bei dem Kabinett Vaida keine Rede sein kann. Wie der "Sozialismus" ausführt, sei das Kabinett Vaida wieder eine Parteiregierung nach der alten Form der rumänischen Oligarchie. Und was das heisse, wisse man nur allzu gut. Parlament und Regierung würden von oben aufgezwungen und nicht von unten durch den Willen der Volksmassen gebildet. Die Partei habe das Angebot des Herrn Vaida abgelehnt, weil sie verlange, dass endlich einmal die Regierung aus dem Wahlkampf verschwinde.

SPD. Bukarest, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat sich die rumänische Regierung an das Finanzkomitee des Völkerbundes mit dem Ansuchen um Entsendung von Sachverständigen für die Reorganisation der staatlichen Finanzverwaltung gewandt. Dieser Antrag erfolgte auf Empfehlung des Vizegouverneurs der Bank von Frankreich, Professor Rist, der von der Regierung Jorga nach Bukarest zur Überprüfung des Staatshaushaltes eingeladen worden war mit der stillen Hoffnung, dass er sich für eine neue Anleihe Frankreichs an Rumänien aussprechen werde. Der Bericht Rists warf indessen der Regierung unglaublichste Misswirtschaft und Korruption vor und führte zu deren Sturze. Da Frankreich auf Grund des Berichtes jede weitere Kredithilfe für Rumänien abgelehnt hat und vorerst eine tiefgehende Reform der rumänischen Finanzverwaltung verlangt, musste die neue Regierung; Vaida, die sich vor der gleichen Finanzkatastrophe wie ihre Vorgänger sieht, die "technische Beihilfe" des Völkerbundes ansuchen, die praktisch eine Finanzkontrolle Rumäniens durch den Völkerbund bedeutet.

SPD. Obwohl von verschiedenen Fraktionen des Reichstages die Einberufung des Ueberwachungsausschusses verlangt worden ist, um zu prüfen, ob die Auflösung des Reichstages verfassungsmässig berechtigt war, und um zu den Hungernotverordnungen der Regierung; Hitler-Papen Stellung zu nehmen, hat der Vorsitzende des Ausschusses, Gregor Strasser, bisher noch nichts von sich hören lassen. Wir verstehen dieses Stillschweigen. Herr Strasser scheut sich, den Ausschuss einzuberufen, weil er dort eine Entlarvung der Nationalsozialisten befürchten muss. Die Verantwortung der Nationalsozialisten für die Hungernotverordnung würde nämlich in diesem Ausschuss klar herausgestellt werden. Jetzt hat die Reichsregierung nicht nur einen Millionenbetrag als Garantie für die Schiffahrt bereitgestellt, sondern sie schüttet an die Geldgeber der Nationalsozialisten, an die rheinisch-westfälische Industrie, die bankrott ist, riesige Geldbeträge aus. Der Abgeordnete Dr. Hertz (Soz.) hat darum namens der sozialdemokratischen Mitglieder des Ueberwachungsausschusses des Reichstages folgendes neue Ersuchen um Einberufung des Ueberwachungsausschusses an Herrn Gregor Strasser gerichtet:

"Im Auftrage der sozialdemokratischen Mitglieder des Ueberwachungsausschusses richte ich an Sie das höfliche Ersuchen, diesen Ausschuss in der aller nächsten Zeit zu einer Sitzung einzuberufen. Zur Ermöglichung einer Prüfung der Verfassungsmässigkeit der Auflösung des Reichstages und einer Stellungnahme zu den letzten Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten war die Einberufung des Ueberwachungsausschusses bereits von anderer Seite gewünscht worden. Wir haben nun den Wunsch, dass der Ausschuss nicht nur zur Erörterung dieser Fragen einberufen wird, sondern auch deshalb, weil von der Reichsregierung

grosse Barmittel zur Sanierung der rheinisch-westfälischen Grossindustrie ausgegeben und Garantien für die Schifffahrt übernommen werden. Hierzu ist die Reichsregierung aber ohne Genehmigung des Reichstags bzw. des Ueberwachungs- ausschusses gar nicht berechtigt. Wir halten es für dringend geboten, dem Ueberwachungs-Ausschuss alsbald Gelegenheit zu geben, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen."

Wir sind gespannt, ob Herr Gregor Strasser jetzt endlich den Ausschuss einberufen wird, oder ob er es vorzieht, sich schützend vor die Geldgeber der Nationalsozialisten zu stellen, indem er den Ausschuss nicht zusammenruft und so versucht, eine Erörterung der Sanierung bankrotter Industrie-Unternehmungen aus Steuergeldern unmöglich zu machen.

SPD. Nachdem zuerst davon die Rede war, den Ministerialdirektor z.D. von Kamecke zum Leiter der Verfassungsabteilung im Reichsinnenministerium zu machen, ist man davon wieder abgegangen. Anstelle des sozialdemokratischen Ministerialdirektors Menzel soll der Landrat a.D. und ehemalige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Gottheiner Ministerialdirektor in der Verfassungsabteilung werden. Gottheiner erbringt für die neue Regierung den Befähigungsnachweis zu seinem neuen Amt dadurch, dass er von der preussischen Staatsregierung im Jahre 1930 wegen seiner Beteiligung am Youngplan-Volksbegehren als Landrat abgesägt worden ist. Im Reichstag ist Herr Gottheiner als ausserordentlich selbstbewusster Herr bekannt geworden, der immer wie ein peinlich genauer formaljuristisch silbenstechender Reaktionär auftritt. - Der ebenfalls den Linksparteien nahestehende Ministerialdirigent Häntzschel ist im Reichsinnenministerium "beurlaubt" worden. Seine Stelle soll in Zukunft nicht mehr besetzt werden, damit die ihm unterstellten Beamten grössere Handlungsfreiheit erhalten. Das bedeutet eine Stärkung des reaktionären Einflusses in dieser Abteilung, dem sowohl der Oberregierungsrat Erbe, wie der Ministerialrat Scholz angehören. Ministerialrat Scholz ist der Rundfunkreferent, der schon unter Groener seine Sympathien für die Nationalsozialisten nicht verhehlt hat und jetzt offen nationalsozialistische Politik betreibt. Von Oberregierungsrat Erbe ist bekannt, dass er als Referent für "Verbände" seinerzeit monatelang "nichts davon gemerkt hat", dass der berühmte deutsche Volkssportverein ein rein nationalsozialistischer Verband war, obwohl der erste Vorsitzende dieses Vereins der Berliner SA-Führer Graf Helldorff ist. Der sichere Weg zur Reaktion ist also jetzt auch im Reichsinnenministerium geebnet.

SPD. Paris, 21. Juni (Eig. Drahtb.)
Der Lausanner Korrespondent des "Temps" bemüht sich, die Nervosität zu beschwichtigen, die sich in Konferenzkreisen und in der Presse wegen der Ergebnislosigkeit der bisherigen Verhandlungen zwischen Herriot und MacDonald bemerkbar gemacht hatte. Der Korrespondent erklärt zunächst, dass es natürlich Meinungsverschiedenheiten zwischen der französischen und der englischen Delegation gebe, aber nicht die Spur eines Konflikts zwischen den Unterhändlern. Er fährt dann fort: "Es ist unrichtig, zumindestens verfrüht, anzukündigen, dass die französische Delegation den anderen Delegationen einen neuen Reparationsplan vorschlägt. Es ist richtig, zu sagen, dass sie sich bemüht, die englische Delegation davon zu überzeugen, dass deren These - die Streichung der Reparationen - für alle interessierten Staaten einschliesslich England verderblich sein würde. Die Unterredungen, die ohne Unterbrechung zwischen den Grossmächten aufeinander folgen, haben in keinem Augenblick den Charakter der Herzlichkeit und Kaltblütigkeit verloren, die den Beginn der Konferenz kennzeichneten. Das muss von neuem betont werden, da am Montag behauptet wor-

den ist, dass die englische Delegation mit der Abreise gedroht habe."

Der Lausanner Berichterstatter des "Journal des Débats" schreibt dagegen, dass am Montag in einer Besprechung der französischen Delegierten eine Art Memorandum ausgearbeitet worden sei, das einen Plan für die Regelung des Reparationsproblems enthalte und die Verhandlungen mit den Engländern erlöschtern solle. Dieser Plan sehe eine Verringerung aller Reparationszahlungen um ein Drittel, ein fünfjähriges Moratorium und eine Emission von Reichsbahnobligationen vor, deren erste Coupons jedoch erst nach Ablauf des Moratoriums gezahlt werden sollen, wenn eine Sonderkommission festgestellt habe, dass Deutschland wieder zahlungsfähig sei. Andererseits glaube man, so meldet der Korrespondent weiter, dass MacDonal, der sich mit Amerika in einer telephonischen Unterredung verständigt haben soll, an der Erklärung des Schatzkanzlers Chamberlain vom 17. Juni festhalten werde, der sich für die Liquidierung der Reparationsfrage im Laufe der Zeit ohne eine Wiederaufnahme der Zahlungen ausgesprochen habe.

In einem Artikel des "Temps", in dem vom Einfluss der Abrüstungskonferenz auf die Reparationskonferenz gesprochen wird, wird Herriot ein neuer Vorschlag gemacht. "Wäre es nicht einfach und gerecht", so fragt der "Temps", "Deutschland keine finanziellen Zugeständnisse zu machen, bevor es nicht auf die Konstruktion seiner Panzerkreuzer verzichtet?"

SPD. Paris, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Infolge einer Benzinexplosion wurden in Bordeaux drei Häuser durch Feuer zerstört. Mehrere Personen erlitten schwere Brandwunden, einige erkrankten an Vergiftungserscheinungen.

SPD. München, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Skandal im bayerischen Landtag, den die Nazi-Fraktion am letzten Freitag durch ihre planmäßigen Provokationen verursachte, hat nun zu gerichtlichen Klagen zwischen den Hakenkreuzlern und dem Landtagspräsidenten geführt. In einer Korrektur, die der Präsident Dr. Stang am Sitzungsprotokoll vorgenommen hat, erblickt die Nazifraktion eine Fälschung der amtlichen Niederschrift, weshalb sie bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen intellektueller Urkundenfälschung erstattet hat. Die Korrektur bestand darin, dass der Präsident in das Protokoll die Namen sämtlicher von der Sitzung ausgeschlossener uniformierten Nationalsozialisten einfügte, während er in der Sitzung selbst nur einige Namen verlesen hatte, an der Verlesung sämtlicher Namen wurde er durch den ohrenbetäubenden Lärm verhindert. Als Gegenklage hat der Präsident wegen des öffentlich erhobenen Vorwurfs der Fälschung Strafanzeige wegen Beleidigung angekündigt.

SPD. Frankfurt/M., 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Zwischen sozialistischen und nationalsozialistischen Studenten kam es am Dienstag-Vormittag in den Gängen der Frankfurter Universität wiederholt zu tätlichen Auseinandersetzungen, nachdem die Sozialisten sich bei dem Rektor darüber beschwert hatten, dass die Nazistudenten uniformiert in der Universität erschienen waren. Sämtliche Vorlesungen wurden gestört und mussten zeitweise unterbrochen werden. Der Rektor der Universität verbot schliesslich das Tragen jeglicher Parteiuniform in den Räumen der Universität und erzielte durch eine Rücksprache mit den nationalsozialistischen Studenten deren Zusage zur Respektierung dieses Verbots.

SPD. Dresden, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Vor dem Dresdener Amtsgericht wurden heute zwei Haftbeschwerden in Sache der angeblichen Steuerhinterziehung der Zigarettenfabrik Richard Greiling A.G. in Dresden verhandelt. Die Beschwerde des Direktor Hegewald hatte Erfolg. Der Haftbefehl wurde aufgehoben und Hegewald freigelassen. Dagegen wurde die Beschwerde des Prokuristen Philipp, der bei der Tabak-Importfirma Anastassiadi angestellt ist, und der angeblich mit Hegewald zusammen die Steuerschiebungen durchgeführt haben soll, verworfen. Ende der Woche wird über die weitere Haftbeschwerde des dritten in der Angelegenheit Verhafteten, des früheren Direktors Seifert von der Greiling A.G., verhandelt werden.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat sich mit der Führung der NSDAP, des Stahlhelm, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, des Jungdeutschen Ordens, des Werwolf und der Kreuzschar in Verbindung gesetzt um sicherzustellen, dass diejenigen Bestimmungen beachtet werden, die der Reichsminister des Innern auf Grund der Verordnung vom 14. Juni 1932 für erforderlich hält.

SPD. Lausanne, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Das entscheidendste Ereignis für den Verlauf der Lausanner Konferenz war das, am Dienstag erfolgte direkte Eingreifen der Amerikaner in die Verhandlung.

Kurz nach zwei Uhr nachmittags erschienen Gibson und Norman Davies begleitet vom englischen Aussenminister Sir John Simon bei MacDonald im Hotel Borinages, wo sie über zwei Stunden blieben. Die Absicht, auf die Lausanner Verhandlungen einen starken Druck auszuüben, hat die bisher eingenommene amerikanische Haltung so grundlegend geändert. Wie bei der Geheimkonferenz am Montag-Abend in Morges zwischen Herriot, Paul Boncour und Marcel Ray einerseits sowie Gibson und Norman Davies andererseits, handelte es sich auch diesmal wieder für Amerika darum den untrennbaren Zusammenhang zwischen den finanziellen Fragen und der Abrüstung aufrecht zu erhalten und beide zusammen zur Lösung zu stellen. Der Eindruck der amerikanischen Intervention auf die Konferenz war sehr stark. Obwohl die Amerikaner nach wie vor bestreiten, sich um die Reparationsfrage zu kümmern, so versteht es sich von selbst, dass sie auch in deren Erörterung durch ihr eigenes Vorgehen hineingezogen sind.

Nach den Amerikanern empfing MacDonald wiederum Herriot und Germain Mart. Die Verhandlungen gingen in beiden Fällen bereits in die Einzelfragen. Eine Einigungslinie ist indessen noch nicht zu sehen. In der Verhandlung MacDonald mit Deutschlands Vertretern hat MacDonald nunmehr offiziell bekanntgegeben, dass Frankreich im Falle der endgültigen Liquidierung der Reparationen eine gewisse Abschlusszahlung verlangen müsse und hat auch einen fertigen Vorschlag für eine solche Zahlung gemacht. Die deutsche Vertretung steht einem solchen Vorschlag ablehnend gegenüber, ja, man erfährt aus sicherster Quelle, dass sich die Gegensätze verschärft haben. Herriot könne, so wird von französischer Seite betont, ohne eine Anerkennung irgend einer deutschen Zahlungsverpflichtung, die nach seinem eigenen Vorschlag erst dann amortisiert und verzinst zu werden brauche, wenn Deutschland dazu nach Feststellung eines internationalen Komitees wirklich in der Lage sei, nicht vor die Kammer und die öffentliche Meinung in Frankreich treten. Die Taktik der deutschen Regierung läuft offenbar auf eine Hinausschiebung der Stellungnahme hinaus. Trotzdem galten die Besprechungen der deutschen und französischen Finanzminister der vorsichtigen Sondierung von der Seite aus, wie weit ein Entgegenkommen Frankreichs in der Bemessung einer Frist ohne jede Zahlung und einer möglichst niedrigen Schlussverpflichtung gehen könnte. Auch die Wirtschaftssachverständigen

digen Deutschlands und Frankreichs haben in ihren Einzelberatungen die Vertiefungsmöglichkeiten der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen untersucht. Es wurde verabredet, genau wie die Finanzleute beider Länder, weiter zusammenzukommen, um den Delegationsführern Vereinbarungsvorschläge vorzubereiten.

Wenn sich auch bei der deutschen Delegation eine gewisse Neigung zu einem Entgegenkommen und zu einer Verständigung auf Kompromissgrundlage zeigt so lässt sich jetzt schon absehen, dass die tatsächlich erfolgte Verhandlung von Sachverständigen beider Delegationen Deutschlands und Frankreichs sowie der Sachverständigen anderer Delegationen untereinander eine ziemlich lange Dauer der Konferenz von Lausanne voraussehen lässt.

SPD. Genf, 21. Juni (Eig. Drahtb.)

Die eigentlichen Detailverhandlungen über die Abrüstungsfragen gingen auch am Dienstag in Genf vor allem weiter zwischen den drei Mächten Amerika,, England und Frankreich. Man wird die anderen Delegationen ständig auf dem Laufenden halten aber mit erfolgten Vereinbarungen erst hervortreten, wenn solche gefunden sein werden.

Die Amerikaner setzten ihre Bemühungen fort, die Franzosen zu einer Herabsetzung ihrer Truppenstärke zu bringen. Für die qualitative Abrüstung machten sie einen neuen Vorschlag, der fast einen völligen Verzicht auf ihre seitherige Taktik bedeutet. Es soll nämlich den Franzosen soweit entgegengekommen werden, dass die tatsächlich als solche bezeichneten Angriffswaffen nur nicht erneuert werden sollen, während die bestehenden bis zu ihrem Verbrauch weiter existieren sollen. In der Frage der budgetären Begrenzungsmethode wurde zum erstenmal offiziell von amerikanischer Seite der Vorschlag gemacht, eine 25 prozentige Herabsetzung aller Rüstungsausgaben für sämtliche Teilnehmer der Konferenz vorzuschlagen. Auch hier befinden sich die Verhandlungen noch vollkommen im Fluss, und es ist noch nicht zu übersehen, wie lange sie weiter gehen werden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Wie sie für Deutschland werben.

SPD. Die "Baseler Nachrichten" hatten einen Bericht über die beispiellose Schlägerei im Preussischen Landtag veröffentlicht, dazu ein Bild des Renommier nazis August Wilhelm Prinz von Preussen. Bei der Bildberichterstattung war den "Baseler Nachrichten" ein Versehen unterlaufen. Sie hatten statt des Renommier nazis das Bild des Ministers Steiger veröffentlicht. Sowohl dieser Bild-irrtum als auch die Berichterstattung über die Schlägerei im preussischen Landtag hat den Zorn der Nazis erregt. Die "Baseler Nachrichten" erhielten von einem Nationalsozialisten aus Lörrach in Baden einen regelrechten Drohbrief, in dem es u.a. heisst :

"Der Text, den Sie Ihrem Bildbericht mitgeben, könnte ebenso gut in einer Zeitung der Moskauer Fremdenlegion oder in einem "deutschen Weltblatt" irgend eines Libanon Tirolers stehen. Sie scheinen auch nicht zu begreifen, dass das seit dem 9. November 1918 in Deutschland herrschende System in den letzten Zügen liegt, und dass eine Änderung in der deutschen Regierung auch für Ihr "Intelligenzblatt" nicht ohne Folgen sein könnte."

Die Schriftleitung der "Baseler Nachrichten" hat auf dieses Schreiben geantwortet. Sie hat dem Lörracher Nazi u.a. geschrieben:

"Nun aber zum eigentlich interessanten Teil Ihres Briefes. Sie drohen uns eine Änderung der deutschen Regierung könnte für unser Blatt nicht ohne Folgen sein. Wir wären Ihnen unendlich dankbar, wenn Sie uns über diese Folgen näher belehren wollten. Ihre Drohung mahnt uns an die Juli-Tage von 1914, wo uns eine deutsche Amtsstelle erklärte, nach dem Kriege wird man Sie zur Verantwortung ziehen. Es ist aber seither nichts erfolgt. Wir können uns also von den Schrecken, die uns bevorstehen, kein sicheres Bild machen. Sind Sie dazu in der Lage oder machen Sie einfach Ihrem Bedürfnis Luft, die schweizerisch-deutschen Beziehungen zu stören, weil Sie der Meinung sind, dass Deutschland in der Welt noch immer zu viel Freunde habe?"

Die Unverschämtheit und das Maulheldentum der Nationalsozialisten, hinter dem nichts steckt - das sind in der Tat die besten Mittel, um Deutschland in der Welt noch mehr zu isolieren!

Uniform mit Sekt.

In einem Münchener Tanzlokal traten in der Nacht zu jenem Freitag, an dem das Uniformverbot aufgehoben wurde, nach Mitternacht zwölf Stahlhelmstudenten in voller Uniform: feldgrau, Schaftstiefel, Sporen, Koppel, Schulterriemen, Patronentasche und Schützenschnüre in das Lokal. Sie wählten einen Tisch aus, von dem sich zwei Damen entfernen mussten, dann bestellten sie Sekt und begannen eine Sauferei. Als sie sich Mut angetrunken hatten, verlangten sie eine Tusch von der Musik zu Ehren ihrer feldgrauen Ehrenkleider. Dann verlangten sie, dass der bayrische Defiliermarsch gespielt werde und verboten dem Publikum, in der Zwischenzeit zu tanzen.

Sie konnten es nicht erwarten, die Uniform wieder anzuziehen und ihre erste Heldentat bestand darin, dass sie in Uniform nach Mitternacht in ein Tanzlokal gingen, um den dort Anwesenden zu demonstrieren, dass sie die erstklassigen Menschen in Deutschland, die Uniform tragen und Sekt dazu saufen können, während der gemeine Plebs dazu da ist, die Kosten und Lasten der Notverord-

nung des Kabinetts der Barone auf sich zu nehmen.

So etwas glaubt, dass sich die deutsche Arbeiterschaft widerspruchslos vor ihnen ein diktatorisches Regime unterwerfen lassen würde!

Schwindel der Autarkiefreunde.

In dem unentwegten Kampf, der unter Aufgebot gewaltiger Geldmittel gegen die Prohibitions Gesetze in den Vereinigten Staaten geführt wird, spielt die erfundene Zwecknachricht eine grosse Rolle. Ausbruch von Epidemien infolge mangelnden Alkoholgenusses und ähnliche Nachrichtenlügen mehr sind systematisch verbreitet worden, um Stimmung für die Aufhebung der Prohibitions Gesetze zu machen.

Nach ähnlichen Methoden verfahren jetzt die Hochschutzzöllner und die Autarkieschwärmer in Deutschland. Die ihnen nahestehende Presse hat sich seine Zeit auf eine Nachricht gestützt, nach der angeblich ein Berliner von einem Skorpion gebissen sei, der in einer Bananenkiste nach Berlin gekommen sei. Jetzt wird geflissentlich eine Nachricht lanciert, nach der ein Berliner Schulmädchen nach dem Genuss einer Banane schwer erkrankt sei. Es habe sich an der Lippe ein ausschlagartiges Geschwür gebildet, das rasch an Ausdehnung zugenommen habe. An diese Zweckmeldung werden Betrachtungen geknüpft, wonach an Bananen Spuren eines Pflanzengiftes oder eines tropischen Krankheitserregers haften können. Der Zweck solcher Meldungen ist ganz klar. Einmal sollen leichtgläubige Leute vom Kauf und Genuss von Bananen abgeschreckt werden, dann soll durch die geflissentliche Verbreitung solcher Zweckmeldungen Stimmung geschaffen werden für ein Einfuhrverbot.

Autarkie für Deutschland ist Schwindel. Es ist also nur in der Ordnung, wenn die Autarkieschwärmer zur Herbeiführung ihrer Ziele ebenfalls mit Schwindel arbeiten!

Nördlich der Mainlinie.

Die sehr ernsthaften Differenzen zwischen den süddeutschen Ländern und dem Kabinett der Barone aus Ostelbien haben dazu geführt, dass das Wort "Mainlinie" wieder in der politischen Diskussion aufgetaucht ist. Erschrocken über diese Wirkung ihres Amtierens hat die Reichsregierung selbst angeregt, das ominöse Wort "Mainlinie" aus der politischen Auseinandersetzung herauszulassen. Wichtiger als die Vermeidung dieses Wortes aber erscheint es uns, dass in den Handlungen alles vermieden wird, was zum Wiederauftauchen des Wortes führen muss. Die Begleitmusik, die die Rechtsradikalen zu den jetzigen Ereignissen machen, ist wahrhaftig nicht geeignet, dies Wort zu bannen. Zu der wüsten Hetze der Nationalsozialisten gegen die süddeutschen Länderregierungen ist nun ein unglaublicher Ausspruch des Führers des Stahlhelms, des Herrn Seldte, getreten. Herr Seldte hat gemeinsam mit dem Exkronprinzen am Sonntag in Perleberg eine Stahlhelmparade abgehalten. Bei dieser Parade sprach er gegen die süddeutschen Regierungen: "Diesen Männern sei es gesagt, dass sie nicht aus unserer Art und unserem Denken stammen. Von artfremden Menschen verbitten wir uns, dass sie uns regieren wollen."

Er ist ein Süddeutscher, also hat er nichts mit deutscher Art zu tun. Das ist die Art und Weise, wie der Rechtsradikalismus die Reichseinheit behandelt! Es scheint, dass nach dem Amtsantritt des Kabinetts der ostelbischen Barone die Ambitionen der norddeutschen Rechtsradikalen sich auf einen neuen norddeutschen Bund richten. Alle Kritiker, die uns aus dieser Feststellung Vorwürfe machen wollen, werden ersucht, sich zunächst um das Wort des Herrn Seldte von den artfremden Süddeutschen zu kümmern!

Aus aller Welt

Das Totenhaus der Pferde.

Pferdestärke schlägt Pferdekraft - 8 000 Pferde unter dem Hammer - Hochbetrieb in der Totenhalle - Für den Tod geschmückt. - Heufuhren nicht mehr gefragt.

SPD. Benzin und Benzol haben über Heu und Hafer gesiegt. Das Ende der Droschkenherrlichkeit ist längst gekommen. In den Städten sterben allmählich die Pferde aus. Jenes oft verwandte Malermotiv vom lebenerfüllten Pferdemarkt, auf dem feurige Pferdehändler mit Schmerzbäuchen und listig blinzelnde Zigeunerburschen zu sehen waren, ist längst ein Requisite romantischer Sentimentalität geworden.

Heute existieren Märkte dieser Art kaum noch in den östlichen Kleinstädten. Dort werden sie in alter Lebendigkeit abgehalten. In der Großstadt hat sich die Technik durchgesetzt und, nach dem schnellen Siege der motorischen über die tierische Kraft, auch zugleich mit romantischen Erinnerungen aufgeräumt. In Berlin z.B. gibt es keinen derartigen Pferdemarkt mehr, sondern nur noch einen für - Pferdefleisch. Eine recht traurige Angelegenheit. Er wird im Osten, an der Wohngrenze der Stadt, auf dem Zentralviehhof abgehalten. Dort kommen jährlich fast achttausend Pferde unter den Hammer. Der Konsum an Pferdefleisch hat in Berlin beträchtlich zugenommen, eine zwangsläufige Folge der sozialen Not, aber trotzdem sind die umfangreichen Anlagen der Stallungen, gepflasterten Höfe, Pflöcke, Ringhalter und Rampen meist sehr verödet.

An marktfreien Tagen stehen nur pflastermüde Gäule an den Barrieren und harren geduldig auf ihr weiteres Schicksal. Sonst gähnt Leere durch die weiten Hallen. An Schlachttagen ändert sich die Szene. Umrahmt von den grossen, langgestreckten Gebäuden, drängen sich zahlreiche Pferde auf den Höfen. Nur dass die Tiere, die hier in den Handel kommen, weder aristokratischer Luxus, noch nutzbringender Arbeit dienen, sondern ausnahmslos dem Schlächter verkauft werden.

Der Pferdemarkt weist um diese Stunden ein unerhört farbiges und lebendiges Bild auf. Die Gäule stehen überall herum, mit einfachen Trensen gehalftet, allein, in Paaren, zu Rudeln gekoppelt. Hier, in den letzten Stunden ihres Seins, wenn sie geputzt und gestriegelt worden sind, sehen sie ungleich vornehmer aus, als im groben Geschirr vor der Deichsel. Zwischen den Tieren bewegt sich die laute Schar der Händler und Einkäufer. Oft typische Gestalten, steifnackig und würdevoll, wie die alten Kaufleute mit den Geldkatzen. Daneben die zerlumpten Pferdeburken. Typisch sind auch die untersetzten, muskulösen Schlächter mit ihren grossen, fettigen Schürzen, hinter denen immer eine Schar scheinbar Müssiger einherläuft, die Vermittlergeschäfte betreiben wollen. Typisch sind auch all die zigeunerhaften Figuren, die sich immer auf solchen Märkten treffen: Kleinhändler, Zwischenpersonen, listig, verschmitzt, immer auf der Suche nach irgendeinem Gewinn. Und manchmal wirken diese Menschen inmitten der zahlreichen Pferdewie Figuren Dostojewskis.

Sofort nach dem Kauf treten die ausgemusterten Tiere ihre letzte Wanderung an. Gemächlich traben sie aus den Höfen der Lebenden in die Hallen der Todgeweihten. Dort werden sie gestempelt und mit den Daten des Kaufs und

Schlachttages versehen. Dann gehen die Pferde zur Wage. Ein kurzes Verweilen noch -, die Schlachtpartie wird zusammengestellt-, und schon trabt eine ganze Koppel ins eigentliche Schlachthaus.

Hinter dem Viehhof, auf den Eisenbahngleisen, stehen zwei mächtige Heufuhren. Sie lagern dort schon seit Tagen, niemand interessiert sich für sie. Kein Interessent findet sich, der sie für die Tiere drüben in den Schlachthäusern kaufen möchte. Keiner, der sie braucht. Benzin und Benzol haben ja über Heu und Hafer den Sieg davon getragen.

Strafanträge im Beamtenbank-Prozess. In dem seit zwei Monaten vor der grossen Strafkammer des Landgerichts I in Berlin-Moabit wegen des Zusammenbruchs der Bank für Deutsche Beamte stattfindenden Prozess stellte der Staatsanwalt nach zweitägigem Plädoyer am Dienstag seine Strafanträge. Gegen den Hauptangeklagten, den Direktor der Bank, Alois Weber, beantragte er wegen Bilanzverschleierung und Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren, sowie eine Geldstrafe von 13 000 Mark. Für den Geschäftsführer, Paul Höpfner hielt der Ankläger wegen Beihilfe zur Untreue eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten nebst 2 000 Mark Geldstrafe für angemessen. Gegen den Angeklagten Kaufmann Walter Treumann, der betrügerische Bildergeschäfte mit der Beamtenbank vermittelt hat, beantragte der Staatsanwalt 1 Jahr Gefängnis, gegen zwei weitere Angeklagte wurden wegen Betrugs und wegen Hilfe zum Betrug Gefängnisstrafen von 13 bis 6 Monaten beantragt. Die Verluste aus dem Zusammenbruch der Bank für Deutsche Beamte belaufen sich, wie die Verhandlung ergab, auf insgesamt 9 Millionen Mark. Das Urteil ist im Laufe der nächsten Woche zu erwarten.

Devaheimskandal wird immer toller. Im Skandalprozess gegen die Devaheim-Schieber kommen immer üblere Dinge zutage. In der Dienstag-Verhandlung liess sich wieder einmal feststellen, in welcher verbrecherischer Weise bei Devaheim mit den Geldern der Einzahler umgesprungen wurde. Das Gericht versuchte die Frage zu klären, wo eine Summe von 99 000 Mark geblieben ist, die die Baugenossenschaft Mühlheim an den Angeklagten Generaldirektor Jeppel gezahlt hat und die für den Zinsendienst der Auslandsanleihe verwendet werden sollte. Der famose Herr Jeppel behauptete, dieses Geld an Claussen als Verwalter der Auslandsanleihe weitergegeben zu haben. Claussen wiederum versicherte, das Geld niemals erhalten zu haben. Als Claussen entschieden abtritt, jemals in den Besitz der 99 000 Mark gelangt zu sein, rief Jeppel, dass er, Claussen, ihm ja eine Quittung gegeben habe. Diese Quittung soll angeblich der Buchhalter Neidhardt bekommen haben, der sie nach Mühlheim weitergeben sollte. Nun wird die Sache immer mysteriöser. Herr Neidhardt, der als Zeuge auftrat, behauptete, diese Quittung erhalten und sie in den gewöhnlichen Postgang gegeben zu haben. Die Quittung ist allerdings, beinahe selbstverständlich, niemals in Mühlheim angekommen und völlig unauffindbar. Das Gericht stand den Erzählungen Neidhardts so skeptisch gegenüber, dass es den Herrn unvereidigt liess. Die Trockenlegung des riesigen Devaheimsumpfs scheint wirklich die Aufgabe für einen neuen Herkules zu werden!

Sturm im Mitgiftprozess. Im Mitgiftprozess Caro - Petschek geht es weiterhin sehr geräuschvoll zu. Auch in der Dienstag-Verhandlung kam es zu äusserst lebhaften Zusammenstössen zwischen den gegnerischen Anwälten. Geheimrat Caro sollte sich über die Motive äussern, die seines Erachtens Petschek veranlassten, nicht vor einem deutlichen Gericht zu erscheinen. Caro bemerkte, dass Ignaz Petschek anscheinend nur dann komme, wenn es "etwas zu räubern gebe". Als der Verteidiger Petscheks scharf erwiderte und Geheimrat Caro heftig an-

angriff, geriet Caro in so grosse Erregung, dass ein Tumult auszubrechen drohte. Nachdem man sich noch eine Weile heftig gestritten hatte, betonte der Verteidiger Petscheks, dass sich sein Auftraggeber gezwungen gesehen habe, gegen Caro vorzugehen, weil seine Unterschrift gefälscht worden sei. Im übrigen habe Petschek einmal erklärt: "Ich honoriere meine Unterschrift entweder mit Geld oder mit Zuchthaus!"

+ + +
Firma Sass will nicht zahlen. Die berühmten und berüchtigten Gebrüder Sass, die die Öffentlichkeit schon des Oefteren beschäftigt haben, wurden am Dienstag auf Antrag ihres eigenen Verteidigers, des Rechtsanwält Müller-Strohmeyer, in Haft genommen. Der Verteidiger hatte seine Klienten wegen unerfüllter Honorarforderungen zum Offenbarungseid laden lassen. Die Brüder waren jedoch nicht erschienen, worauf der Rechtsanwalt gegen sie einen Haftbefehl zur Ablegung des Eides erwirkte.

+ + +
Zeichen der Not. In der Dienstag=Nacht haben in Berlin nicht weniger als fünf Menschen ihrem Leben freiwillig ein Ziel gesetzt. Bei zahlreichen anderen Personen, die ebenfalls Hand an sich legen wollten, kam Hilfe noch zur rechten Zeit. Das Motiv des Verzweiflungsschrittes war in fast allen Fällen unerträgliche wirtschaftliche Notlage.

+ + +
Opfer der Fluten. In der Nähe von Admont (Oesterreich) sind drei Eisenbahnarbeiter beim Baden in der Enns ertrunken. Zwei wurden von den reissenden Fluten mitgerissen, ein dritter wollte seinen Kameraden helfen und ertrank bei dem vergeblichen Rettungsversuch.

+ + +
Mord an einer Fünfzehnjährigen. Die 15jährige Tochter des Besitzers einer an der Hamburg - Berliner Chaussee zwischen Vellahn und Hirschkrug (Mecklenburg) gelegenenen Büttnererei wurde in der Dienstag=Nacht im Kuhstall erschlagen aufgefunden. Die Ermordete war allein im Haus gewesen, da die Eltern beim Rübenpflanzen beschäftigt waren. Alle Anzeichen deuten daraufhin, dass es zwischen dem Mädchen und seinem Mörder zu einem heftigen Kampf gekommen ist. Der Täter hat das ganze Haus durchsucht und sieben Mark, die er fand, mitgenommen. Die Polizei verfolgt bereits verschiedene Spuren.

+ + +
Amokläufer im Ballsaal. In einem Dorf bei Bône (Algerien) erschoss in der Nacht vom Montag zum Dienstag ein französischer Pächter während eines Balles seinen Schwager und verletzte seine Frau, seine Schwägerin und einen Freund durch mehrere Revolverschüsse erheblich. Der Mann lag mit seiner Frau in Scheidung und hatte sie schon mehrmals bedroht. Als die Schüsse ertönten, brach in dem Ballsaal eine Panik aus, die es dem Mörder möglich machte, ungehindert zu entkommen. Später stellte er sich freiwillig der Polizei.

+ + +
Ausgeplündertes Bankdirektor. Der Direktor der Marraschbank in Bukarest (Rumänien), Tabakowitsch, wurde dieser Tage das Opfer eines schweren Raubüberfalls. Tabakowitsch, der ein Jugendfreund des rumänischen Staatsmanns Titulescu ist, hatte Titulescu, als sich dieser nach dem gescheiterten Versuch, die Regierung zu bilden, auf seinen Londoner Gesandtenposten zurück begab, bis zur rumänischen Grenze begleitet. Als der Bankier nach Bukarest zurückfuhr, wurde er von Räubern überfallen, die den Direktor betäubten und ihm einen wertvollen Schmuck, sowie Bargeld in Höhe von 25 000 Lei raubten. Daneben sind wichtige Dokumente, die sich auf Titulescu bezogen, verschwunden. Die Affäre erregt in Bukarest erhebliches Aufsehen.

Gewerkschaftliche Rundschau *

Die Arbeitslosigkeit steigt!

Hitlers neuester Erfolg.- Ein Nazi-Arbeitsdienstkommissar?

SPD. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht völlige Stagnation. Der neue Bericht der Reichsanstalt über die Arbeitsmarktlage für die Zeit vom 1. bis 15. Juni zeigt, dass es schon wieder bergab geht. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 15. Juni rund 5 569 000 und lag somit nur um rund 14 000 unter dem Stand vom 31. Mai. Der Rückgang wäre stärker, wenn nicht der saisonmässigen Entlastung eine Verschlechterung in den überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen entgegengewirkt hätte. Seit dem Höchststand des Winters ist eine Abnahme um rund 560 000 Arbeitslosen zu verzeichnen, während im Vorjahr die Frühjahrsentlastung, die allerdings schon um einen Monat früher einsetzte, bis Mitte Juni sich auf rund 990 000 belaufen hatte.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat wieder etwas stärker und zwar um rund 74 000 abgenommen und betrug am 15. Juni rund 1 003 000. In der Krisenfürsorge wurden die durch Aussteuerung oder durch Arbeitsaufnahme entstehenden Abgänge nahezu aufgewogen durch die Zugänge aus der Versicherung, sodass nach einem Rückgang um rund 8 000 Mitte des Monats rund 1 573 000 Krisenunterstützte gezählt wurden. Die gekennzeichnete Entwicklung lässt vermuten, dass die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen, die Ende Mai rund 2 086 000 betragen hatte, inzwischen weiter gestiegen ist.

Wir sind also bei insgesamt 5 1/2 Millionen Arbeitslosen stehen geblieben, und schon meldet sich eine neue Zunahme der Konjunkturarbeitslosigkeit. Anders lassen sich die vorliegenden Zahlen nicht erklären; denn wir haben zur Zeit noch einen verhältnismässig starken Abruf in der Landwirtschaft, weil die Heuernte im Gange ist. Wir befinden uns wieder in einer neuen Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Und der Grund dafür? Er liegt nicht in rein wirtschaftlichen Vorgängen, sondern in erster Linie in der politischen Beunruhigung. Der Sturz des Kabinetts Brüning und das Bündnis der Nationalsozialisten mit der Regierung Schleicher-Papen hat dem Arbeitsmarkt einen neuen Stoss versetzt. Die Geschäftswelt ist pessimistisch gestimmt. Der Bürgerkrieg flackert bereits in verschiedenen Städten Deutschlands. Kein Wunder, wenn Handel und Wandel völlig ins Stocken geraten.

In dieser Situation weiss die Regierung der Hitlerbarone nichts Besseres, als nun auch den wahrhaft blödsinnigen arbeitsmarktpolitischen Forderungen der Nazis nachzugeben. So meldet die Rechtspresse, dass der Sachbearbeiter für Arbeitsdienstpflicht in der Reichsleitung der NSDAP Oberst a. D. Hierl von der Reichsregierung als Arbeitsdienstkommissar in Aussicht genommen sei. Eine Regierung, die bis zur Stunde durch ihre Notverordnung und durch die Aufhebung des SA-Verbots nur Unheil über Deutschland gebracht hat, will nun auch den Arbeitsmarkt den Experimenten blutiger Dilettanten ausliefern. Unter der Regierung Brüning war denk der Initiative der Gewerkschaften nach langen Verhandlungen wenigstens endlich ein grösserer Arbeitsbeschaffungsplan fertiggestellt worden. Dieser Plan ist, soweit man sieht, nunmehr zum alten Eisen geworfen. So hat man allem Anschein nach auch auf die Prämienanleihe zum Zweck der Arbeitsbeschaffung verzichtet. Auf welchem anderen Weg das Geld für Arbeitsbeschaffung aufgetrieben werden soll, ist noch ganz das Geheimnis der

Papenregierung. Nur eins steht fest: die Zeit für die Arbeitsbeschaffung ist auch in diesem Jahr wieder einmal verpasst! Aber die Uniformierung der SA-Leute ist ja wichtiger als die Beschaffung von Arbeit!

Deutschland ist wirklich ein Tollhaus. Soeben erst hat der Präsident der Reichsanstalt Dr. Syrup in der Zeitschrift der Deutschen Arbeitgeberverbände, "Der Arbeitgeber", nachdrücklichst darauf aufmerksam gemacht, dass das Kernproblem des Arbeitsdienstes in der Aufbringung der Kosten für die notwendigen Materialien liegt. Syrup sagt, man müsse darüber im klaren sein, dass die Materialkosten beim Bau von Strassen, Kanälen, Talsperren usw. doch ein Vielfaches betragen gegenüber den persönlichen Kosten. Eine Kapitalentziehung für die Industrie und eine Verengung des Kapitalmarktes sei bei einer Uebersteigerung des Arbeitsdienstes zu befürchten. Wenn man aber in den Freiwilligen Arbeitsdienst die Material- und Rohstoffherstellung einbeziehen wolle, wenn man ihn also in Steinbrüchen, Ziegeleien, Zementfabriken, Sägewerken, Eisenkonstruktionswerkstätten und dergl. einführe, so würde dieser Eingriff des Arbeitsdienstes in die privatwirtschaftlichen Verhältnisse grosse grundsätzliche Bedeutung und sehr ernste Folgen für die Privatwirtschaft haben, und daran ändere auch nichts der immer wieder erfolgende Hinweis auf die in Bulgarien durchgeführte Arbeitsdienstpflicht; denn die Voraussetzungen seien dort ganz andere und liessen sich auf deutsche Verhältnisse nicht so übertragen, wie dies nur zu leicht in Unkenntnis der Sachlage getan werde.

So spricht ein Mann, der von den Dingen etwas versteht. Die Nazis aber haben es ja nicht nötig, ein Problem ernsthaft durchzudenken. Sie brauchen nicht einmal das Einmaleins zu beherrschen, wenn sie über ernsthafte Fragen sprechen. Fortgesetzt fasseln sie in der Erörterung der Finanzierung des Arbeitsdienstes von Ersparnissen auf der Seite der Arbeitslosenunterstützung. Auch Herr Hierl verspricht sich davon Wunderdinge. In Wirklichkeit kann gerade in diesem Punkt kaum etwas Nennenswertes gespart werden; denn gerade die jugendlichen Arbeitslosen befinden sich nur zu einem Bruchteil in der Arbeitslosenunterstützung. Auch kommen bei den Jugendlichen ja nur geringe Verdienste in Frage und infolgedessen auch nur ganz geringe Unterstützungssätze. Nach unserem Dafürhalten kann man mit den Ersparnissen an Arbeitslosenunterstützung für die Jugendlichen nicht einmal 2 Prozent der Kosten der Beschäftigung der Jugendlichen in der Arbeitsdienstpflicht bestreiten. Aber der Herr Oberst a. D. Hierl, der, wie aus seinem Arbeitsdienstpflichtprogramm hervorgeht, über die wirklichen Probleme leicht hinweghüpft, soll Arbeitsdienstkommissar werden! Armes Deutschland!

Man muss sich wirklich über die Geduld des deutschen Volkes wundern.

SPD. Seit dem Sturz der Regierung Brüning wird der Gedanke der Einheitsfront der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei unter der Arbeiterschaft in den Betrieben lebhaft erörtert.

Der Vorstand des A. D. G. B. ist fest davon überzeugt, dass der Kampf gegen den gemeinsamen Feind das geschlossene Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zur gebieterischen Pflicht macht. In den anderthalb Jahrzehnten der Nachkriegszeit, seit dem Beginn der verhängnisvollen politischen Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, waren die freien Gewerkschaften die Träger des Einheitsgedanken. In ihren Reihen war dieser Gedanke in den Grenzen des politisch Möglichen verwirklicht. Dass man sich von allen Seiten gerade an sie, insbesondere an den Vorstand des A. D. G. B. wendet, die Rolle des Mittlers zu übernehmen, beweist, dass diese Tatsache allseitig anerkannt wird.

Leider hat diese Anerkennung noch nicht zu der Einsicht geführt, dass die Voraussetzung für eine Einheitsfront die Einstellung des gehässigen und verleumderischen Bruderkampfes ist, der tagtäglich in Versammlungen, in der

Presse und in Flugblättern geführt wird. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat sich noch in neuester Zeit ausdrücklich dazu bekannt, diesen Kampf hemmungslos fortzusetzen. In einer Erklärung vom 20. Juni 1932 sagt die kommunistische Parteizentrale:

"Die Kommunisten erklären dabei ganz offen, dass sie nicht daran denken, den Parteien, mit deren Hilfe und durch deren Politik der Faschismus zur Macht gelangte einen "Burgfrieden" zu gewähren, wie es die S.P.D.- und A.D.G.B.-Führer wünschen, weil sie um ihre Mandate zittern... Es gibt für die Kommunisten keinen "Burgfrieden" mit Verrätern und Feinden der Arbeiterklasse."

Diese Erklärung ist unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Einheitsbestrebungen in der Arbeiterschaft von der höchsten Instanz der K.P.D. abgegeben worden. Unter diesen Umständen sieht der Vorstand des A.D.G.B. für Einigungsversuche keine Erfolgsmöglichkeiten.

Die einheitliche Abwehrfront der politischen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung ist nur denkbar, wenn alle Beteiligten freiwillig darauf verzichten, die Kampfgenossen in entehrender Weise anzugreifen. Der Verzicht auf böswillige Verunglimpfung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie während des Wahlkampfes ist die Mindestbedingung, die die Kommunistische Partei erfüllen muss, wenn der Vorstand des A.D.G.B. seinen Einfluss für die Bildung einer gemeinsamen politischen Abwehrfront in die Wagschale werfen soll. Es ist eine Forderung, auf die kein ehrlicher Befürworter der Einheitsfront verzichten kann.

Es wird die Aufgabe der organisierten Arbeiter selbst sein, die moralischen Grundlagen für ein einheitliches Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zu schaffen. Sie müssen jedem, der den Bruderkampf in ihren Reihen mit den bisherigen verwerflichen Mitteln in Wort und Tat fortsetzt, unzweideutig klarmachen, dass er den Todfeinden der deutschen Arbeiterschaft den Weg zum Siege bahnt.

SPD. Im Tarifkonflikt der graphischen Hilfsarbeiter hat das Reichsarbeitsministerium zu Mittwoch die Parteien nach Frankfurt a.M. geladen. Vertreter des Ministeriums ist der Landesschlichter für Südwestdeutschland, Dr. Kimmich.

Die Empfehlung des Beirats und der Gauleiter des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter, das Arbeitsverhältnis zu kündigen, ist fast restlos befolgt worden. In einigen Betrieben haben RGO-Leute - sie fallen zahlenmäßig nicht ins Gewicht - die Einreichung der Kündigung mit der prachtvollen Begründung abgelehnt, die Kündigungsaktion erscheine ihnen nicht als revolutionäres Kampfmittel. So muss man es machen, wenn man seine gelbe Seele verbergen will.

Von dem Ausgang der Frankfurter Verhandlungen hängt es nun ab, ob am Sonnabend im Buchdruckgewerbe ein Grosskampf ausbricht. Die Stellung der Gehilfen gegenüber den Hilfsarbeitern ist vollkommen klar. "Wir sehen", so schreibt der "Korrespondent", "in einer von der Gehilfenschaft in diesem Kampf ihrer engeren Arbeitsgenossen zum Ausdruck kommenden Solidarität nicht die geringste Verletzung der tariflichen Friedenspflicht." Es sei kein Verstoß gegen diese Friedenspflicht, wenn bei einem berechtigten Streik der Hilfsarbeiter von jedem Gehilfen es abgelehnt werde, Streikarbeit zu verrichten oder einen Streikbrecher anzulernen oder mit einem Streikbrecher zusammen zu arbeiten.

Wirtschaft Technik Handel

Rätsel von Gelsenkirchen.

Das Reich bezahlt die Riesenverluste rheinisch-westfälischer Grosspekulanten.

SPD. Der Verkauf von Gelsenkirchener Bergwerksaktien durch die Gruppe Flick-Thyssen an die Dresdener Bank bzw. das Reich wird immer rätselhafter und die Schweigsamkeit der Adelsregierung ist leider nicht geeignet, Klarheit in eine Angelegenheit zu tragen, die man unter anderen Umständen und im soliden Kaufmannsdeutsch nur Schiebung und Korruption nennen würde. Schon der Kaufpreis ist eine höchst geheimnisvolle Geschichte. Erst hiess es, es handle sich nur um ein Objekt von höchstens 20 Millionen Mark. Heute wird aber schon mehr oder weniger zugegeben, dass die neue Subvention an die rheinisch-westfälische Schwerindustrie zu mindesten 100 Millionen kosten dürfte. Dabei hat die Schwerindustrie mit einer plumpen Kurstreiberei gearbeitet. Die Aktien der Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft lagen noch vor kurzem um 20 %. Dann sind sie auf über 40 % gestiegen. Gründe dafür, dass sich der Kurs so stark steigerte, liegen nicht vor. Man hat den Kurs von Gelsenkirchen künstlich hochgetrieben. Damit das Reich ordentlich zu blechen hat. Handelte es sich um ein Geschäft zwischen Privaten, würde es um einen wirklichen Kauf und um keine Subvention gehen, dann würde der Käufer das Aktienpaket von Gelsenkirchen einfach zur Zwangsversteigerung kommen lassen und das ganze Objekt im schlimmsten Falle für $\frac{1}{5}$ der Summe erwerben können, die das Reich jetzt zahlt.

Der Kurs für Gelsenkirchen lag am Dienstag um etwa 40 %. Schon dieser Kurs ist sehr günstig, übertrieben hoch. Das Reich soll aber einen Kurs über 100 % bezahlt haben. So kann man es schon verstehen, dass sich die 100 Millionen Mark, die die Adelsregierung an Subventionen an die Gruppe Flick-Thyssen abführen muss, zusammenrechnen. Man muss diese Freigiebigkeit des Reiches einmal in anderm Zusammenhang betrachten. 100 Millionen Mark, das ist gerade die Summe, die Preussen für die Abtretung der Siedlungsbank vom Reiche zu fordern hat, die Summe, die Preussen fehlte, um den preussischen Etat auszugleichen. Gegenüber Preussen aber erklärte die Adelsregierung, kein Geld zu haben und nicht zahlen zu können. So zwang die von den Nazis tolerierte Adelsregierung Preussen, die Schlachtsteuer einzuführen und die Mietsstundungen zu beseitigen. Preussen unterlag darin dem Druck durch das Reich. Auf der anderen Seite aber zahlt das Reich 100 Millionen Mark an die Schwerindustrie. Das sind Zustände, für die man keinen parlamentarischen Ausdruck mehr findet, die sich im Reich unter dem Einfluss der Nazis entwickeln.

Dass die Gruppe Flick-Thyssen durch einfach wahnsinnige Ueberspekulationen in Verschuldung geraten ist, ist bekannt und müsste nach kaufmännischen Gepflogenheiten eine Angelegenheit derjenigen sein und bleiben, die sich in diese Spekulationen reinwagten und die Verluste erlitten. Die Herrschaften aber, die jahraus jahrein Hitler und die Stahlhelmer finanzierten, verlangen jetzt vom Reiche Subventionen. Dabei soll das Volk durch das bekanntes nationale Argument dumm gemacht werden. Es heisst, die Gelsenkirchener Pakete, um die es sich bei diesem Aktienkauf handelt, stellten die Schlüsselstellung für den Einfluss auf die oberschlesische und westfälische Eisenindustrie da. Die Pakete selbst gingen als Kreditsicherung vor längerer Zeit von der Gruppe Flick-Thyssen nach der früheren Danatbank und nach der Commerz- und Privatbank.

Beide Banken haben die Gelsenkirchener Pakete, um sich Kredit zu beschaffen, nach dem Auslande verpfändet. Das eine kam nach Amsterdam, das andere nach Paris. Nun heisst es in der Argumentation der Schwerindustrie und der Adelsregierung, diese Pakete müssten aus dem Ausland zurückgeholt werden, damit das Ausland keinen Einfluss auf die deutsche Schwerindustrie erhält. Das hört sich ganz nett an. Kaufmännisch betrachtet stellen sich die Dinge aber wesentlich anders dar. Wir können uns nämlich denken, dass die beiden Banken in Amsterdam und Paris ihr Geld wieder haben wollen. Ob sie aber Grossaktionäre in Rheinland und Westfalen und in Oberschlesien werden wollen, das können wir uns nach Lage der Dinge nicht denken. Im übrigen trifft das mit der Schlüsselstellung für die oberschlesische Eisenindustrie garnicht zu.

Man muss sich mal klar werden, dass das mit den nationalen Interessen ein Bluff und ein Trick ist, der angewandt wird, um den hohen Kaufpreis für die Gelsenkirchener Aktien und um die Subventionsaktion überhaupt zu rechtfertigen. Und wenn es so wäre, wie man der Oeffentlichkeit darstellt - wie zweifeln allerdings daran ganz entschieden -, wäre es ein Unglück für die deutsche Industrie, wenn z.B. in Rheinland und Westfalen ein seriöser und finanziell starker Grossaktionär an die Stelle von Grosspekulanten und leichtfertigen und politischen Kindern trete, wie man Flick und seinen Bundesgenossen Thyssen bezeichnen möchte? Ueberhaupt hat die ganze Angelegenheit bedenkliche persönliche Züge. Flick hat sein Vermögen nicht nur bei Gelsenkirchen liegen. Er hat Riesenwerte auch anderswo. Weshalb hat das Reich dem Herrn Flick nicht bedeutet, dass er doch erst andere Werte flüssig machen sollte, um die Schlüsselstellung im Stahltrust für sich und das Deutsche Reich zu behaupten? Warum hat man ihm nicht im Reich gesagt, dass es doch logisch sei, wenn zuerst der private Besitzer, also Flick und Thyssen selbst, Opfer bringt und nicht das Reich? Nationale Interessen müssten doch für Friedrich Flick und Fritz Thyssen ebenso schwer wiegen wie für das Reich. Warum wollen Thyssen und Flick für diese nationalen Interessen keine Opfer bringen? Warum soll die Wahrung dieser nationalen Interessen, wenn sie Geld kostet, mir nichts dir nichts auf das Reich abgeschoben werden? Das sind doch schliesslich Fragen, die bei dem ganzen Geschäft geklärt werden müssen.

Nun hat man in der Adelsregierung die Stirn, durch die gefügige Presse erklären zu lassen, es handle sich um gar kein Reichsgeschäft, sondern nur um ein Bankgeschäft. Käufer sei ja nicht das Reich, sondern die Dresdener Bank. Nun ist das Reich an der Dresdener Bank so stark beteiligt, der weitaus grösste Aktionär, dass ein Geschäft in diesem Ausmass, wie es die Dresdener Bank jetzt macht, von vornherein ein Reichsgeschäft ist. Wir möchten einmal die Direktoren der Dresdener Bank vor ein Gericht zitieren. Wir möchten sie einmal unter Eid aussagen lassen, ob sie mit ihren Mitteln oder von sich aus der Gruppe Flick=Thyssen das Gelsenkirchener Paket abkaufen würden? Sie würden die Frage mit einem glatten Nein beantworten und würden es entrüstet von sich weisen, ein solches Geschäft je zu machen.

Damit Klarheit ist! Der Gelsenkirchener Skandal ist keine Aktion der Dresdener Bank, sondern eine Reichsaktion. Inwieweit das Reich im Augenblick Mittel zur Verfügung stellen kann, wissen wir nicht. Vielleicht geht es bei diesem Geschäft auch mit dem Geld der Dresdener. Hoffentlich nicht in der Hoffnung und im Vertrauen, dass auch dieses faule Geschäft bei einer zweiten Sanierung der Dresdener mit erledigt werden kann.

SPD. Der Mietertag des Landesverbands Preussen im Reichsbund deutscher Mieter, der in Halberstadt stattfand, nahm einen Vortrag des Verbandsvorsitzenden Dzielk über die mieterpolitische Lage im Reich und in Preussen entgegen. Einstimmig wurde auf die unsoziale Mieten- und Wohnungspolitik verwiesen. Die Vertreter stellten sich einmütig hinter die Forderungen des Reichsbunds deut-

deutscher Mieter, die sofortige weitere Senkung der Mieten für Wohn- und Geschäftsräume in Alt- und Neubauten bis auf die Höhe der Friedensmiete und Fortführung der Mietsenkung zur Anpassung der Mieten an die bis weiter unter den Vorkriegswert verminderten Einkommen der Mieter, Gewährung von Mietzuschüssen in Alt- und Neubauten für sozialbedrängte Mieter, schnellste Ingangsetzung der Neubautätigkeit mit Bereitstellung öffentlicher Mittel, sofortige Wiederherstellung eines ausreichenden Mieterschutzes, unter Aufhebung aller Lockerungsverordnungen, bis zur völligen Beseitigung der Wohnungsnot, Schaffung eines zeitgemässen sozialen Miet- und Wohnungsrechts als Dauerrecht nach den Forderungen des Reichsbundes deutscher Mieter, Wiederaufbau einer Mietergerechtigkeit mit Laienbeisitzern, restlose Erfassung der Inflationsgewinne des Hausbesitzes, Schaffung eines gesetzlichen Zwanges für den Hausbesitz zur Durchführung der notwendigen Reparaturen und reichsgesetzlichen Ausbau der Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege vorsehen.

Die Wohnraumsteuer wurde einstimmig abgelehnt. Die Versammelten sprachen der Reichsregierung von Papen ihr schärfstes Misstrauen aus und richteten an die Mieterschaft den dringenden Appell, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur den Kandidaten ausgesprochen mieterfreundlicher Parteien ihre Stimme zu geben.

Eine zweite Entschliessung erhebt schärfsten Protest gegen die Notverordnung des preussischen Staatsministeriums, durch die die Bestimmungen über die Stundung und den Erlass der Hauszinssteuer zu Gunsten hilfsbedürftiger Mieter aufgehoben und die Mieter an die Fürsorgebehörden verwiesen werden. Die von der Regierung Brüning durch die 4. Notverordnung herbeigeführte Mietsenkung wurde durch die preussische Notverordnung für einen erheblichen Teil der Mieter direkt ins Gegenteil verkehrt. Die erfreuliche Tatsache, dass künftig auch hilfsbedürftige Neubaumieter Mietzuschüsse von der Fürsorgebehörde beantragt werden können, fällt gegenüber der allgemeinen scharfen Kürzung der bisherigen Vergünstigungen für die Altbaumieter nicht allzu sehr ins Gewicht.

Der Vertretertag wählte die bisherigen Vorstandsvorsitzenden einstimmig wieder.

SPD. Die Schweinezählung am 1. Juli 1932 hat nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts einen Gesamtbestand von 21,29 Millionen Stück im Deutschen Reich ergeben. Gegenüber dem Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres (22,53 Mill. Stk.) ergibt sich eine Verringerung des deutschen Schweinebestandes um 1,24 Millionen Stück oder 5,5 Prozent. An dieser Verringerung waren mit Ausnahme der Schlachtschweine von 1/2 bis 1 Jahr, die noch eine kleine Bestandszunahme um 0,9 Prozent aufweisen, alle Altersklassen beteiligt. Am stärksten zurückgegangen ist die Zahl der Ferkel, an denen im ganzen um 526 000 Stück = 8,7 Prozent weniger gezählt wurden, als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres sowie die Zahl der Jungschweine (von 8 Wochen bis 1/2 Jahr alt), deren Bestand gegenüber Juli 1931 um 519 000 Stück = 5 Prozent abgenommen hat. Eine verhältnismässig starke Bestandsminderung zeigt sich auch bei den jungen Zuchtsauen, deren Zahl um 85 000 Tiere = 12,3 Prozent kleiner geworden ist. Einschliesslich der älteren Tiere ist der Bestand an Zuchtsauen insgesamt um rund 200 000 Stück oder 9 Prozent, darunter an trächtigen Sauen um 118 000 Stück oder 8,3 Prozent zurückgegangen.

SPD. Im Laufe des Dienstag hat man Einzelheiten über den Gelsenkirchen=Skandal erfahren. So hört man, dass das Reich für das Gelsenkirchener Paket, etwa 85 bis 100 Millionen Mark nominell, den horrenden Kurs von 90 Prozent gezahlt hat. Um den Skandal ganz zu erkennen, sei mitgeteilt, dass der Kurs für Gelsenkirchen vor einiger Zeit noch auf 20 % lag und dann in den letzten Tagen durch die bekannten Börsenmanöver auf 40 % getrieben worden ist. Das Gelsenkirchen Paket wird dem Reich rund 100 Millionen Mark kosten. Davon erhält die Flickgruppe 1/3 in bar. Ein weiteres Drittel wird benutzt, um Schulden der Gelsenkirchener Bergwerks A.G. bei verschiedenen Banken, vor allem bei der Dresdener, zu tilgen. Das letzte Drittel dient dazu, um die Tochtergesellschaften der Charlottenhütte, dem Stammsitz Flicks, zu sanieren.

Im übrigen beginnt die Hugenbergsche Telegrafunion mit einer grossen Entlastungsoffensive. Sie behauptet, das Ausland habe Flick schon früher mehrfach angeboten, das Gelsenkirchen Paket, also die Schlüsselstellung für die Vereinigten Stahlwerke zu kaufen. Um eine Ueberfremdung der Vereinigten Stahlwerke zu verhindern, habe sich dann das Reich zu der vorliegenden Subvention entschlossen.

Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, geht aus einer Darstellung der schwerindustriellen "Bergwerkszeitung" hervor. Sie veranschaulicht, dass die Herrschaft Flicks über die Vereinigten Stahlwerke spekulativ, d.h. auf Krediten aufgebaut war. In dem schwerindustriellen Blatt lesen wir u.a.: "Bei der Gruppe Flick war der finanzielle Aufbau der Majoritätssitzung durch Kredite die schwächste Seite. Eine derart labile Lagerung der Verhältnisse konnte der herrschenden Kreditkrise und dem gleichzeitigen Verfall der Kurse auf die Dauer nicht gewachsen sein. Die Konjunktur ist Friedrich Flick in die Quere gekommen."

Das heisst mit anderen Worten: bei seinen wahnsinnigen Spekulationen ist Friedrich Flick reingefallen und das Reich bezahlt jetzt seine Verluste. Um den Skandal in der Öffentlichkeit zu mindern, faselt man von Ueberfremdungsgefahr durch das Ausland.

Berliner Viehmarkt.

(21. Juni)

SPD. Obwohl der Auftrieb nicht hinter dem normalen Stand zurückgeblieben war - auf dem Schweinemarkt betrug der Auftrieb z.B. über 13 600 Tiere - genügte das Angebot jedoch nicht der Nachfrage. So setzten sich auf der ganzen Linie Preissteigerungen durch. Nur einzelne Klassen, z.B. geringe Kälber wurden mit den letzten Preisen bezahlt.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfd.) - (-), b) (240-300 Pfd.) 39-41 (38-39), c) (200-240 Pfd.) 39-40 (37-38), d) (160-200 Pfd.) 36-39 (35-36), e) (120-160 Pfd.) 34-35 (32-34), Sauen 37-38 (35-36). Schafe: a) 35-37 (33-34), b) 33-34 (30-32), c) 28-31 (25-29), d) 16-26 (12-24). Kälber: b) 36-43 (32-40), c) 27-35 (25-32), d) 18-25 (18-25). Kühe: a) 25-28 (25-28), b) 22-24 (22-24), c) 16-21 (16-21), d) 13-15 (13-15).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 21. Juni. Amtl. Notierung ab Erzeugerstation Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 106 RM, II. 96 RM, abfallende Sorten 89 RM. Tendenz: sehr ruhig.

Unsicherheit!

(Berliner Getreidebörse vom 21.6.)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Dienstag weiter sehr ruhig. Es fehlte an jeglicher Unternehmungslust und die herrschende Unsicherheit engte die Kaufstätigkeit stark ein. Obwohl das Angebot an promptem Brotgetreide wie auch an Herbstlieferung sehr klein war, ging es doch über den Bedarf hinaus, sodass sich die Kurse nur schwer behaupten konnten. Im Prompthandel wurden Weizen und Roggen unverändert notiert. Am Markte der Zeitgeschäfte ging dagegen der Weizenpreis um etwa 1 Mark runter, während sich Roggen auch hier einigermaßen halten konnte. Im Mehlhandel machte sich keinerlei Belebung des Geschäfts bemerkbar. Lediglich für den allernotwendigsten Tagesbedarf wurde gekauft. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert; jedoch waren sie zu Entgegenkommen bereit, ohne dadurch die Kauflust anregen zu können. Hafer hatte im allgemeinen stetige Tendenz, jedoch konnte sich auch hier bei grosser Zurückhaltung der Käufer nur kleines Geschäft entwickeln.

	20.6.	21.6.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	251 - 253	251 - 253
Roggen	185 - 187	185 - 187
Fütter- und Industriegerste	160 - 170	160 - 170
Hafer	156 - 160	156 - 160
Weizenmehl	31,00 - 34,75	30,75 - 34,75
Roggenmehl	25,25 - 27,15	25,15 - 27,15
Weizenkleie	10,00 - 10,50	19,90 - 10,50
Roggenkleie	10,00 - 10,40	10,10 - 10,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 262 - 261½ (262½), Sept. 228-277 (228½), Okt. 228½-227½ (228½), Dez. 232-231½ (232½), Roggen Juli 181 - (183), Sept. 180 - 179 (179½), Okt. 181½-181 (181) Dez. 183½ (183½), Hafer Juli 163½-163 (162½) Sept. 147 (146½).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh	(Quadratballen)	Rll	1,15	-	1,35
" " Weizenstroh	"	Rll	0,90	-	1,05
" " Haferstroh	"	Rll	0,90	-	1,05
" " Gerstenstroh	"	Rll	0,90	-	1,05
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt		Rll	1,20	-	1,45
Windfadengepresstes Roggenstroh		Rll	1,10	-	1,30
" " Weizenstroh		Rll	0,95	-	1,80
Häcksel	Tendenz stetig	Rll	1,75	-	2,00
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	alt	Rll	1,35	-	1,55
Gutes Heu, gesund und trocken	alt	Rll	2,00	-	2,40
Luzerne, lose	neu	Rll	1,70	-	1,90
Drahtgepresstes Heu		Rll	0,40 über Notiz.		

Tendenz stetig.